

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Mittwoch,  
29. October 1879.

Inserate

haben an die Expedition in  
Leipzig zu senden.

Inserationsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf.,  
unter Einschluss 20 Pf.

Nachabonnements für die Monate November und December werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie sowie für Leipzig von der Expedition der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig (Duerstraße Nr. 29) zum Preise von 5 Mark angenommen. Von auswärts können Nachabonnements für diese Zeit auch direct bei der Expedition erfolgen zum Preise von 6 Mark und ist dieser Betrag franco einzuschicken, worauf die Zusendung jeder Nummer unter frankirtem Kreuzband geschieht. Angesichts der in diese Monate fallenden Verhandlungen des preussischen und sächsischen Landtages wird zu zahlreicher Bethheiligung an diesem Nachabonnement aufgefordert.

## Telegraphische Depeschen.

\* Berlin, 27. Oct. Sr. Maj. Kanonenboot Nautilus, vier Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant Chäden, ist am 20. Sept. auf der Reise nach Sydney in Batavia eingetroffen. Sr. Maj. Glattdeskorvette Prinz Adalbert, 12 Geschütze, Commandant Kapitän zur See Mac-Lean, traf am 26. Aug. in Vladivostok ein, ging am 1. Sept. in See, ankerte am 6. Sept. im Hafen von Hakodade, verließ diesen Hafen am 11. Sept. und ist am 17. Sept. in Tokushima eingetroffen. Sr. Maj. Kanonenboot Cyclop, vier Geschütze, Commandant Kapitänlieutenant von Schumann I., ist am 28. Aug. von Nagasaki kommend, in Hakodade eingetroffen. Sr. Maj. Glattdeskorvette Freya, acht Geschütze, Commandant Corvettenkapitän v. Hippel, ist am 26. Oct. von Wilhelmshaven, auf der Reise nach der Westküste Südamerikas, nach Plymouth in See gegangen.

\* Wien, 27. Oct. Der heutigen Sitzung des Herrenhauses wohnten die Erzherzoge und die kirchlichen Würdenträger bei. Nach Verlesung der Adressen der Majorität und der Minorität wurde, da zur Generaldebatte niemand das Wort ergriff, sofort in die Specialdebatte eingetreten. Die beiden ersten Absätze des Majoritätsentwurfes werden ohne Debatte angenommen. Zum dritten Absatz betreffend den Eintritt sämmtlicher czechischer Abgeordneten in den Reichsrath erklärte der Ministerpräsident Taaffe, daß derselbe nicht ganz mit der Thronrede zu vereinbaren sei; die Regierung wünsche, daß die Verfassung nicht bloß auf dem Gesetz beruhe, sondern auch in dem Herzen der Völker Wurzel fasse, er wünsche eine gemeinsame Adresse zur allseitigen Versöhnung. Der Abg. Hilber beantragte infolge dessen ein bezügliches Amendement, worüber der Ausschuss auch sofort in Berathung tritt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte der Berichterstatter der Ausschussmajorität, daß keine Uebereinstimmung zwischen beiden Parteien zu erreichen gewesen. In der nun folgenden namentlichen Abstimmung wurde darauf das Amendement Hilber's mit 78 gegen 59 Stimmen abgelehnt und die Adresse der Ausschussmajorität mit der Einschaltung eines Absatzes über das Wehrgesetz en bloc angenommen.

\* Wien, 27. Oct. Herrenhaus: Die bereits signalisirte Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe bei Berathung des Alinea 3 des Adressentwurfes der Majorität lautet: „Beide Adressentwürfe, welche hier vorgelegt wurden, beurkundeten den altösterreichischen

Patriotismus, der immer in diesem Hause vorgewaltet hat. Beide Adressentwürfe geben Zeugniß von der unwandelbaren Ergebenheit für die erhabene Person unseres heiliggeliebten Kaisers und Herrn. Beide Adressentwürfe schließen sich im großen und ganzen den Anschauungen der allerhöchsten Thronrede an; beide Adressentwürfe erklären, mit Wohlwollen die Vorlagen, welche die Regierung in Aussicht gestellt hat, der Berathung und Prüfung unterziehen zu wollen; nur das Alinea des Adressentwurfes, welches zur Berathung steht, kann nicht vollständig mit den Anschauungen der allerhöchsten Thronrede in Einklang gebracht werden. Die Regierung Sr. Maj. des Kaisers, die nicht bloß auf dem Boden der allerhöchsten sanctionirten Verfassung steht, sondern ihre Aufgabe auch darin erblickt, die Verfassung zu kräftigen und zu stärken dadurch, daß sie die Möglichkeit anbahnt, daß die Verfassung sich nicht bloß auf ein Gesetz stütze, sondern auch in den Herzen der Völker und Nationen Wurzel fasse (Bravo!), hat es versucht, die Abgeordneten des Königreichs Böhmen, welche bisher den Verhandlungen des Reichsrathes fern standen, heranzuziehen und es ihnen zu ermöglichen, den gemeinsamen Boden des Reichsrathes zu betreten. In Alinea 3 der allerhöchsten Thronrede wird die Thatsache constatirt, daß die Abgeordneten des Königreichs Böhmen, die früher den Verhandlungen fern geblieben, unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung, ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Anschauungen vollständig den Boden der gemeinsamen Verhandlungen betreten haben, und es wird in diesem Alinea der zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es bei allseitiger Mäßigung und gegenseitiger Rechtsachtung gelingen werde, der Verfassung die allseitig freudige Anerkennung der Völker zu sichern. Will man nun die Versöhnung und Verständigung, die in der allerhöchsten Thronrede so herzlich betont ist, will man dieselbe anbahnen, so muß man alles fern halten, was trennt, und dasjenige suchen, was vereint. (Bravo!) Nur dann ist es möglich, den Aufgaben gerecht zu werden, welche die Thronrede gestellt hat. Ich glaube daher, daß mit einer kleinen Aenderung des in Frage stehenden Alinea die Möglichkeit vorhanden ist, daß alle Mitglieder des hohen Hauses, die ja miteinander durch die Liebe zu Kaiser und Reich untrennlich verbunden sind, sich auch werden vereinigen können zu einer gemeinsamen dem Wohle des Reiches gewidmeten Adresse. Da ich die Ehre habe, Mitglied des hohen Hauses zu sein, so werde ich selbstverständlich gegen dieses Alinea stimmen.“ Bei der Abstimmung über alle Alinea des Adressentwurfes (ausgenommen Alinea 3) und sodann bei der dritten Lesung stimmte der Ministerpräsident für den Adressentwurf der Majorität.

\* Wien, 27. Oct. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Moskau vom 27. Oct.: „Der herzogliche Aufreißer Spaic ist in Kriwoje durch Gendarmen gefangen genommen worden.“ — Aus Konstantinopel: „Der montenegrinische Gesandte Radonic hat von der Pforte die formelle Zusicherung erhalten, daß die Uebergabe von Gussinje und Plava demnächst stattfinden solle. In gleichem Sinne soll auch der dortige türkische Befehlshaber Instructionen erhalten haben.“

\* Bukarest, 27. Oct. In einer der nächsten Sitzungen der Deputirtenkammer wird die Regierung derselben einen Entwurf über die Verstaatlichung der Eisenbahnen zur Annahme vorlegen.

## Die Verantwortlichkeit der Parteien.

— Leipzig, 28. Oct. Die National-liberale Correspondenz bringt in ihrer neuesten Nummer einen Artikel: „Die national-liberale Partei am Beginn der Landtagssession“, worin es gleich im Eingange heißt: Die Situation der national-liberalen Partei ist gegen früher erheblich vereinfacht. Solange diese Partei infolge ihrer numerischen Stärke die „auschlaggebende“ war, lastete auf ihr in der That eine erhöhte Verantwortung, eine Verantwortung, welche ihr politisches Handeln um so mehr erschwerte, als sie einerseits bei all ihrem Uebergewicht inmitten der Parteien doch nicht unmittelbar über die Majorität verfügte, andererseits in dem Fürsten Bismarck sich einem Factor gegenüber sah, dem gegenüber parlamentarische Majoritätsbeschlüsse unter Umständen ohne jede praktische Bedeutung blieben. Kurz, die außerordentlichen Schwierigkeiten, welche der national-liberalen Partei gerade durch ihre „auschlaggebende“ Stellung bereitet wurden, liegen auf der Hand. Heute ist sie — dank den schwereren Verlusten, welche sie in den Wahlen erlitten — von diesen Schwierigkeiten befreit.

Das Thema von der „Verantwortung“ der national-liberalen Partei spielt seit lange in den Spalten der National-liberalen Correspondenz eine große Rolle. Dabei wird aber diese Verantwortung hingestellt wie etwas, was die Partei und jedes ihrer Mitglieder als eine Last empfinden und daher leichten Herzens aufgeben müßte. Wir haben nun freilich von der Verantwortlichkeit sowohl der einzelnen Abgeordneten als der Gruppen oder Fractionen in einem Parlament eine wesentlich andere Vorstellung. Uns erscheint dieselbe als die Summe aller parlamentarischen Pflichten, wie des einzelnen, ebenso, und noch mehr, einer Partei. Gleichviel, ob in der Majorität oder Minorität befindlich, muß jeder Abgeordnete und muß jede Partei alles daran setzen, nicht bloß, um im Einzelnen solche Beschlüsse zu verhindern, die für das Ganze unheilvoll erscheinen, und solche zu fördern, die dem Ganzen Nutzen versprechen, sondern auch, um die ganze parlamentarische Situation so zu gestalten, daß die Ueberzeugungen, zu denen sich der einzelne Abgeordnete und seine Partei nach bestem Wissen und Gewissen bekennen, womöglich zur Geltung gelangen und dem Vaterlande Frucht tragen.

Es mag ja mitunter äußerst bequem sein, sich als Minorität zu fühlen und so jede „Verantwortung“

## Leipziger Stadttheater.

Leipzig, 26. Oct. Ein sehr zahlreiches Publikum, so daß das Neue Theater nahezu ausverkauft schien, sah am gestrigen Abend mit großer Spannung der Vorstellung eines neuen Trauerspiels, „Die Heze“ betitelt, von Arthur Hiltner entgegen, eines Dramas, welches seine Aufführung in unserm Stadttheater in erster Hand dem hiesigen Lesing-Vereine zu danken hat, welcher das Drama würdig befunden, es zur Aufführung in Vorschlag zu bringen. Sowol dieses Zeugniß eines Vereines, dessen Bestrebungen auf die Pflege der dramatischen Kunst im Geiste Lessing's gerichtet sind, wie auch die bereits bewährte Leistungsfähigkeit des Dichters auf dramatischem Gebiete bürgten dafür, daß man zum mindesten etwas Gutes zu erwarten hatte.

Der Inhalt des fünfactigen Trauerspiels ist kurz folgender: Thalea v. Haidebrook, eine reichbegüterte Jungfrau, hat nach dem spurlosen Verschwinden ihres von ihr todt geglaubten Bräutigams, Edvard v. Wiarda, in den Wirren des Dreißigjährigen Krieges sich unter der Leitung eines jüdischen Gelehrten, Simeon, den Wissenschaften ergeben und sich in so auffallender Weise von den Gewohnheiten ihres früheren Lebens getrennt, daß ihren offiziellichs strenggläubigen Landesleuten sehr bald allerlei Bedenken aufsteigen, die sich im Verlaufe der Zeit zu der unheilvollen Ansicht steigern, Thalea sei eine Heze. Da dringt plötzlich die einsamen Mauern des Schlosses, welches Thalea nur mit einer anmuthigen jüngern Schwester, Almuth, bewohnt, die überraschende freundliche Kunde, es sei Friede

und Edvard kehre an der Spitze seiner Kampfgenossen glücklich heim. Edvard sieht seine geliebte Thalea wieder, bemerkt aber sofort, daß sie in der langen Abwesenheit eine ganz andere geworden, und erkennt nur in der jüngern Almuth das leider zu treue Ebenbild seiner frühern Thalea. Mit diesem Hinweis auf einen zweiten Conflict schließt der erste Act. Thalea bemerkt die bis zu einem glühenden Liebesgehändnisse emporsteigende Neigung ihrer Schwester und ihres Bräutigams und ist entschlossen, ihr Glück nicht rauben zu lassen. Bei dem Gange nach der Kirche jedoch versagt ihr die Kraft, diesen Entschluß durchzuführen. Das Volk aber sowol das protestantische wie das katholische, von einem Jesuiten zu vereinigen Borgehen und zur höchsten Wuth gegen die Heze aufgestachelt, glaubt in der Weigerung Thalea's, die Kirche zu betreten, einen neuen Beweis von ihrer Hezerei zu haben. Lubbo, der Wachtmeister Edvard's und von diesem einst aus Lebensgefahr gerettet, fordert die „Heze“ auf, auf die Heilige Schrift ihre Unschuld zu beschwören. Thalea zerreißt jedoch die heiligen Blätter und fordert Gott auf, sie für diesen Frevel, wenn es einer sei und wenn er es vermöge, zu strafen. Der Stein, mit welchem Lubbo nach dieser Lästerung die Heze tödten will, trifft die Schwester Almuth. Die dadurch im Wolke hervorgerufene Betrübenheit benützt Edvard, um sich mit den Frauen in die Burg zu flüchten. Die Belagerung derselben durch das empörte Volk bringt uns der fünfte Act. Almuth ist nur verwundet, ist jedoch in Gefahr, in dem beschossenen Schlosse zu verbrennen, wenn sie nicht gerettet wird. Um diese Rettung zu erkaufen, ist

Thalea bereit, sich den Gerichten und, was dasselbe für jene Zeit sagen will, dem Tode zu überliefern. Diesen Vertrag schließt Thalea mit Lubbo und dem Jesuiten, welche sich, während die Bertheiliger der Burg unter Führung Edvard's einen Ausfall gewagt haben, Eingang in die Burg verschaffen. Plötzlich ertönt der Ruf: Sieg! Da hiebt Lubbo einen Dolch und stößt sein Dpfer, damit es ihm nicht wieder entrisfen werde, nieder.

Die erste Frage, welche man im Hinblick auf diesen Stoff, vor allen auf seinen tragischen Ausgang, aufwerfen könnte, ist wol die: was ist Thalea's tragische Schuld, was erheischt ihren Untergang? In dem Entschlusse der „Heze“, ihr bereits verlorenes Liebesglück zum Unheil zweier anderer ertrogen zu wollen, womit der dritte Act auf dem Gipfelpunkte der Handlung in wirksamster Weise schließt, glaubten wir momentan eine moralische Schuld erkennen zu müssen, aber der Dichter belehrt uns, und bezüglich des durchaus edel gehaltenen Charakters der Thalea mit gutem Grunde, bereits zu Beginn des vierten Actes in der Entsagung der Thalea eines andern. Auch daß der Dichter in der zumal für jene Zeit unerhörten Rundgebung Thalea's von ihrer Freigeisterei eine Schuld gefunden habe, dürfen wir nicht annehmen, denn dadurch würde einestheils der Charakter Thalea's überhaut von Anfang an schuldbeladen erscheinen, anderentheil aber das Richteramt über diese eminente Schuld durch fanatisirte Bauern durchaus unwürdigen Händen überlassen worden sein. Daß der Dichter jedoch die Gottesleugnung der „Heze“ in so schrankenloser Weise steigert, daß einem selbst bei freier Anschauung Be-

Goltha.

(1902-4)

0 Mr.

00

00

3 Prozent.

gegenem.

D.

ikon

ziehen.

ältere

der

A.

das geatis.

tschen Bahnh.

er Mühlstraße.

er Weststraße.

ausf. Steinar.

Eisenb. Bahnh.

Telegraphen-

Tagesdienst.)

geöffnet von

Uhr.

me

lare.

on Tages-

überstadt.

entheil

tion

NER.

Dresden.

erf

November.

igoletto. —

der Tempel

, 31. Oct.

1/27 Uhr.)

Der fliegende

ungsgesellen-

ct. Doctor

Nov. Zum

ohne Geistl.

igo Bürger.

chten.

wann Ober-

Marie Witt-

Dr. Amte-

n in Doder-

Dresden.

n in Hartk-

Dr. Amte-

t in Alten-

riedrich in

bert Linde-

Dr. Lehre-

ter.

if Beuchell

e Daxfort,

Dr. Karl

Dr. Land-

ue in Leip-

geb. Mann-

ganist Karl

ou Christiane

itz.

in Leipzig

SLUB

Wir führen Wissen.

für zu fassende oder gefasste Beschlüsse eines Parlaments von sich ablehnen zu können. In dieser Stellung befindet sich seit lange die Fortschrittspartei. Aber wie oft ist gerade dieser, wenn sie der national-liberalen Partei ihre Vereinigkeit zu Compromissen vorwarf, von Wortführern dieser letztern zugerufen worden: „Sie haben gut opponiren, denn Sie wissen, daß ihr Nein die Mehrheit nicht haben wird.“ Und jetzt soll die national-liberale Partei etwas Aehnliches thun?

Die National-liberale Correspondenz versichert zwar wiederholt: Pessimismus sei ihr fremd, zu einer systematischen Opposition rathe sie der Partei nicht; allein kann das Resultat einer solchen Politik der Nichtverantwortlichkeit, wie die National-liberale Correspondenz sie definiert, schließlich wol ein viel anderes sein als dieses, daß man mehr Befriedigung empfindet über die Fehler der Gegner und mehr Genugthuung darüber, daß man selbst sagen könne: „Gott sei Dank, daß ich das nicht gethan habe“, als Schmerz über die dadurch dem Ganzen widerfahrne Schädigung? Wir wenigstens werden bei diesem vielen Gerede von Verantwortung und Nichtverantwortung immer von neuem erinnert an die triviale Geschichte von dem Jungen und den Handschuhen.

Und wie ist es nur möglich, daß das Organ einer großen Partei im Ernste sagen kann: die Partei sei in eine bessere Lage versetzt „dank“ ihren Verlusten bei den Wahlen?

Die Evangelische Generalsynode in Berlin.

Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg eröffnet die Sitzung am 27. Oct. mit der Mittheilung, daß Se. Maj. der Kaiser den Vorstand der Generalsynode in Audienz empfangen habe. Nachdem er (Präsident) einen ausführlichen Vortrag über die Arbeiten der Generalsynode gehalten, habe Se. Maj. seine hohe Befriedigung über den Verlauf der Verhandlungen der Synode ausgesprochen.

Der Präsident gibt alsdann eine Uebersicht über die noch zu erledigenden Vorlagen: 1) Gesetz betreffend die Ausschreibung von Umlagen zu provinziellen und landeskirchlichen Zwecken; 2) Gesetz betreffend die Verlegung der kirchlichen Pflichten; 3) die Trauungsordnung; 4) Erweiterung der Bestimmungen der Pfarrwahlordnung; 5) die Vorlage betreffend den vorläufigen Theilungsmassstab für die Kosten der Generalsynode; 6) die Denkschrift über den Stand der Stolgebührenangelegenheit; 7) drei Anträge von Provinzialsynoden und 8) 25—30 Petitionen. Der Präsident spricht die Hoffnung aus, daß es möglich sein werde, diese Vorlagen bis Ende dieser Woche zu erledigen.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Berathung der Trauungsordnung und zwar der §§. 12—15, welche von den Fällen handeln, in denen die Trauung vorzunehmen oder zu versagen ist.

Ueber diese Bestimmungen tritt die Synode in eine besondere Generaldiscussion ein:

Referent Universitätscurator Dr. Ködenbeck-Halle leitet dieselbe durch eine eingehende Darlegung der Gründe ein, welche die Commission zu ihren Anträgen geführt haben. Er beleuchtet die Vorschläge vom dogmatischen Standpunkte aus und bezeichnet es als den einzigen Vortheil des Reichs-Civilstandsgesetzes, daß dadurch für die evangelische Kirche eine freiere Lage geschaffen sei, die Trauung zu gewähren oder zu versagen, und wenn die Kirche diese Lage richtig

benutze, dann werde sie im Stande sein, die Werthschätzung der Trauung in dem Bewußtsein des evangelischen Volkes zu erhöhen und zugleich die Ueberzeugung von der Heiligkeit der Ehe zu stärken.

Der Missionsinspector Dr. Fabri-Barmen bezeichnet die Trauung als einen bedeutungsvollen Schritt in der Entwicklung unserer kirchlichen Verhältnisse. Er habe die Nothwendigkeit einer festen Position des Staates gegenüber Rom anerkannt, aber in Beziehung auf die vom Staate eingeschlagenen Wege habe er zu den Gegnern derselben gehört. Das verschärfte Staatskirchensystem sei ihm stets als ein Anachronismus erschienen. Er würde es als eine Beleidigung des Staates ansehen, wollte man annehmen, er werde den Weg nach Canossa oder Rom machen, ebenso wenig dürfe der Weg von Rom nach Berlin gemacht werden; eine Lösung der Wirrnisse und Schwierigkeiten könne nur erfolgen auf dem Wege einer einheitlichen, auf dem klaren Grundsätze der principiellen Auseinandersetzung von Staat und Kirche gebauten wohlwollenden Gesetzgebung. Die Trauordnung sei nun ein Object, welches aus dem Gedanken der Trennung von Staat und Kirche herausgewachsen sei; denn die Trauung basire auf dem Reichs-Civilstandsgeetze, welches diese Trennung zur Voraussetzung habe. Seitens der Kirche sei die Stimme gegen die überleitete Ausführung des Civilstandsgesetzes erhoben worden, man habe betont, daß dasselbe gegenüber der katholischen Kirche ein Schlag ins Wasser sein würde, und dies habe sich als richtig herausgestellt, für die evangelische Kirche aber sei es von erschütternden Folgen gewesen; aber er müsse doch an dieser Stelle den Segen der Civilstands-Gesetzgebung betonen und rühmend hervorheben, denn die Trauordnung sei nur auf dem Boden dieser Gesetzgebung möglich gewesen und dieselbe bringe jahrzehntelange Kämpfe und Wirrnisse, namentlich auf dem Gebiete der Wiedertrauung Geschiedener, zum Abschluß.

Autobesitzer Seydel (Kreis Diehlo) hält sich für verpflichtet, namens der acht Mitglieder der Linken seine Abstimmung gegen die Vorlage zu motiviren. Diese Gruppe habe sich zusammengefunden auf dem Grunde von zwei Sätzen, einmal in der Gleichberechtigung aller auf dem Boden der evangelischen Kirche stehenden Bekenntnisse und zweitens in der Festhaltung an der gegebenen Kirchenverfassung und für die Entwicklung derselben im Sinne des Gemeindeprinzips, und von dieser Grundlage aus müssen er und seine Freunde der Vorlage gegenüber eine ablehnende Stellung einnehmen. Er habe die Erfahrung gemacht, daß das kirchliche Leben sich bisher in einer Weise gesteigert habe, wie wir es nicht für möglich gehalten (Widerpruch), und diese Erfahrung habe ihm die Ausführungen und Erlasse des Oberkirchenrathes in früheren Zeiten werth und theuer gemacht, durch die Vorlage aber würde von neuem eine Reihe von Confliden hervorgerufen werden.

Hosprediger Dr. Kögel bezeichnet die Trauordnung als den Abschluß eines fünfzigjährigen Kampfes; die Erschwerung der Wiedertrauung bezwecke die Verminderung der Scheidungen und wenn geschrieben stehe: „Was Gott zusammengefügt, das soll der Mensch nicht scheiden“, so heiße dies, daß der Mensch es auch nicht lockern solle durch eine laie kirchliche Gesetzgebung. „Er höffe zu Gott“, daß durch die vorliegende Trauordnung dem Volke alle Zeit vorgehalten werde: getraute Treue ist die beste!

Kanzler v. Gossler erklärt sich gegen die Beschlüsse der Commission und für die Vorlage des Oberkirchenrathes. Die Commission weiche von dem Princip der Vorlage ab, welche dem geistlichen Amte mehr vertraue als die Commission.

Der Regierungscommissar Generalsuperintendent Brilker hält sich für verpflichtet, den früheren Präsidenten des Oberkirchenrathes gegen einige Vorwürfe des Dr. Fabri in Schutz zu nehmen. Wenn er denselben vorgeworfen, daß er verschärfte Staatskirchentum herbeiführt, so sei ein derartiger Vorwurf nicht als richtig anzuerkennen. Wenn man die Geschichte des Oberkirchenrathes während der letzten sieben Jahre schreiben werde, so werde zu Tage treten, wie sehr der frühere Präsident bemüht gewesen sei, das Recht der Kirche zu wahren. Der Oberkirchenrath habe keinen Schritt zu bereuen, aber er habe auch keine Ursache, von einer Wandlung reden zu lassen, die in ihm vorgegangen sei.

Dr. v. Kleist-Neuhof tritt entschieden für die Vorschläge der Commission ein. Er bezeichnet die Abweichung der Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts von dem Worte des Herrn in Bezug auf die Ehescheidungen als einen „grauenhaften Abgrund“. Die vielen Ehescheidungen hängen zusammen mit den leichtfertigen Ehen, und diese seien wiederum eine Folge der leichten Scheidung und der leichten Wiedertrauung Geschiedener. Die Commission wolle mit ihren Beschlüssen das Gewissen der Kirche schärfen. Die Verschärfungen gegen das schwere Gebot seien so groß, daß das ganze Volk untergehen müsse.

Bürgermeister Böttcher-Magdeburg steht auf dem Standpunkte v. Gossler's; er will die Wiedertrauung Geschiedener so viel als möglich erleichtern und nicht erschweren, denn die Erschwerung sei eben der Grund davon, daß viele Ehepaare sich mit der civiliter geschlossenen Ehe begnügten. Und das halte er für ein Unglück. Deshalb wolle er nicht, wie die Commission es thue, dem Geistlichen Fesseln anlegen und seine freie Entscheidung hindern; er wünsche vielmehr, daß man die Entscheidung über die Zulässigkeit der Trauung zuerst dem Geistlichen überlasse und die Instanzen erst eintreten lasse, wenn der Geistliche sich weigere, die Trauung vorzunehmen.

Hierauf wird die Generaldiscussion geschlossen und §. 12 in der Fassung der Commission dahin angenommen: „Die Trauung ist nicht statthaft, wenn nicht wenigstens der eine Theil der evangelischen Kirche angehört.“

§. 12 der Commissionsvorschläge lautet in seinen Nummern 1—3 dahin: „Die Trauung findet statt bei allen nach dem bürgerlichen Recht zulässigen Ehen, jedoch sind ausgenommen: 1) Ehen zwischen Christen und Nichtchristen; 2) Ehen Geschiedener, wenn deren Schließung von den zuständigen Organen auf dem Grunde des Wortes Gottes nach gemeiner Auslegung der evangelischen Kirchen als sündhaft erklärt wird; 3) Ehen solcher Personen, welchen als Berächtern des christlichen Glaubens oder wegen lasterhaften Wandels oder wegen verschuldeter Scheidung der früheren Ehe oder wegen ihres Verhaltens bezüglich der Eingehung der Ehe der Segen der Trauung ohne Aergerniß nicht ertheilt werden kann.“ Diese drei Nummern wurden ohne Discussion unverbändert angenommen.

Die Nr. 4 ist von der Commission neu eingefügt. Sie lautet: „Ehen, welche gegen den Willen des ehelichen Vaters und falls dieser verstorben ist sowie bei unehelichen Kindern gegen den Willen der Mutter eingegangen sind, sofern nicht die Einwilligung aus stiftlich unzureichenden Gründen versagt wird.“

Gen. Commerzienrath Stumm beantragt die Streichung dieser Bestimmung, weil er in derselben eine sehr schwere Schädigung der Interessen der evangelischen Kirche erblickt, so schwer, daß er, falls dieselbe Annahme fände, gegen die ganze Trauordnung stimmen würde. Er halte die väterliche Autorität für sehr hoch, aber der Vorschlag der Commission würde diese Autorität nicht nur nicht stärken, sondern auf das tiefste herabwürdigen.

Auch der Präsident des Oberkirchenrathes Dr. Hermes erklärt sich gegen diese Nr. 4, während Superintendent Duhzermeyer erklärt, daß mit der Streichung dieser Nummer zugleich das vierte Gebot gestrichen werde und daß der Sinn des Stumm'schen Antrags dahin gehe, die Kirche solle die Autorität der Aeltern nicht mehr schätzen. Bei der Abstimmung wird die Nr. 4 dem Antrage Stumm gemäß mit großer Majorität gestrichen.

§. 13 Nr. 5 der Commissionsvorschläge will von der Trauung ausschließen: „Gemischte Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Theil die Erziehung sämtlicher Kinder in der römisch-katholischen oder in einer andern nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Dr. v. Wedell beantragt, diese Bestimmung dahin zu fassen: „Ehen evangelischer Männer, welche die Erziehung sämtlicher Kinder in einer nichtevangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt haben.“

Führ. v. Red beantragt folgende Fassung: „Gemischte Ehen, vor deren Eingehung der evangelische Theil die Erziehung sämtlicher Kinder in einer nicht evangelischen Religionsgemeinschaft zugesagt hat.“

Nach kurzer Discussion werden diese Amendements abgelehnt, die Nr. 5 in der von der Commission vorgeschlagenen Fassung wird angenommen.

Nachdem Dr. Hempel für die Commissionsvorlage plai-

denken aufsteigen, haben wir ihm um so mehr verdacht, als es, im Hinblick auf die Hexenprocesse jener Zeit, jener „Lästerung“ nicht bedurfte, ein edles Weib dem abergläubischen Volke als Hexe erscheinen zu lassen. Doch wozu eine tragische Schuld, da ja die Nothwendigkeit derselben, die selbst ein Lessing in seinen Dramen nicht kennt, nicht erwiesen ist? Daß Thalea das Herz ihres Bräutigams verlor, hat der Dichter in ihrer gänzlichen Umwandlung motivirt, und nachdem Thalea sowohl ihr Liebesglück wie ihren Glauben und ihre Zufriedenheit verloren, hat auch ihr Tod etwas Verfühnendes, da er sie von ihrem zerrissenen Leben befreit.

Die Sprache ist durchaus edel und gedankenreich, die Charakteristik wahr, wenn auch die Philosophie der „Hexe“ eine Abschwächung vertragen könnte, wie das ja auch im fünften Acte in Form eines romantischen Pantheismus versucht wird. Die Exposition ist vortrefflich, einzelne Scenen, wie das Verkünden des Friedens im ersten und der Kirchgang im vierten Acte, sind von großer Schönheit, das allmähliche Emporkommen der unerlaubten Liebe Edyard's und Almuth's ist psychologisch mit großer Wahrheit gezeichnet.

Die Aufführung war eine dieser vortrefflichen Trauerspiele durchaus würdige. Die Titelrolle, in den Händen der Frau Weisinger, wurde meisterhaft durchgeführt; der die glückliche Braut fast erdrückende Jubel über den wiedergefundenen Bräutigam, die gewaltig hervordringende Leidenschaft am Schluß des dritten Actes und die große Scene im vierten Acte waren glänzende Perlen der Künstlerschaft dieser Tragödin. Mit zarterster Anmuth und Liebreiz flatterte Frä. Sa-

tran die Almuth, diese in ihrem opferfreudigen Dulden wahrhaft tragische Gestalt, aus. Charakteristisch, wahr und ohne die geringste unpassende Markirung des jüdischen Typus gab Fr. Pohl den Simeon. Der Edyard des Frn. Senger war voll Feuer und Leidenschaft; naturwahr brachte der Künstler das Aufsteigen seiner Liebe zu Almuth zum Ausdruck. Von den übrigen Rollen müssen wir noch den Lubbo des Frn. Pettera und den Kaver des Frn. Conrad rühmend hervorheben. Die kleineren Partien: Hubert (Fr. Säbner), Follena (Fr. Sommerstorf), Eilhart (Fr. Almenreich), Pfarrer (Fr. Stürmer), Schulmeister (Fr. Broda), Oela (Frau Schubert), Alte (Frau Spigeder) und Theda (Frä. Reineden), wurden zur Zufriedenheit wiedergegeben. Der Autor wurde wiederholt mit stürmischem Beifall gerufen.

Von einer schon vor Monaten vollenzogenen liebenswürdigen Handlung des Deutschen Kaisers erhält das Berliner Fremdenblatt jetzt Kunde. Es handelt sich um Brachvogel's „Narciss“. Der Dichter hatte das Werk noch vor 1866 den Hoftheatern in Kassel, Hannover und Wiesbaden, allerdings für bescheidenes Honorar, käuflich überlassen und sich somit jedes weiteren Rechtes auf eventuelle Bezüge von den mit demselben erzielten Einnahmen begeben. Als Brachvogel starb, bestimmte Se. Maj. der Kaiser, auf Vortrag des Generalintendanten v. Hülßen, daß der hinterbliebenen Tochter desselben von den vorgenannten drei Hoftheatern 30 Jahre lang die übliche Tantieme von der jedesmaligen Aufführung des Dramas „Narciss“ angewiesen werde, unbeschadet der Thatsache, daß die Bühnen das Werk schon erworben hätten.

Ueber den Untergang des Dampfsschiffes A. E. Nordenskjöld an der japanesischen Küste gibt Snällposten jetzt nähere Aufklärungen. Das Dampfsschiff, welches sich bekanntlich auf der Reise von Namsö nach der Berings-

straße befand, scheiterte am 5. Aug., morgens 5 Uhr, bei starkem Nebel. Am folgenden Tage begab sich die ganze Besatzung mit ihren Effecten aus Land und baute sich dort Zelte, in welchen sie sich sieben Tage aufhielten, während welcher Zeit Versuche angestellt wurden, um das Schiff stot zu machen; aber trotzdem große Quantitäten von Waaren über Bord geworfen wurden, blieben alle Anstrengungen vergebens. Am 12. Aug. kam ein Dampfboot, welches die Besatzung nach einem andern Plage führte, von wo dieselbe sich nach Haldobad begab.

Zu den vielen durch die neuen Justizgesetze hervorgerufenen Rath- und Hülfsbücher für Juristen und sonstige Theilnahme gehört auch die Schrift: „Das Concursverfahren nach der Reichs-Concursordnung vom 10. Febr. 1877. Zum praktischen Gebrauch unter Benützung der amtlichen Materialien der Gesetzgebung dargestellt von Georg König, Oberamtsrichter zu Hannover. Mit Formulare, unter Anschluß des Textes der Concursordnung, des Reichs-Einführungsgesetzes, des preussischen und königlich sächsischen Ausführungsgesetzes“ (Hannover, Carl Meyer).

Die Volks-Zeitung berichtet aus Berlin: „Die Broschüre „Op, hep, oder süß-saure Stöckerei“, welche bei Max Marcus (Passage) erschien und den früheren Theaterdirector Anders zum Verfasser hat, mußte auf Anordnung der Revierpolizei aus dem Schaufenster entfernt werden. Die Polizei sah angeblich in der öffentlichen Ausstellung einen „groben Unfug.“

Ein neuer Vortrag zur Währungsfrage (diesmal im Sinne der Doppelwährung) ist das Schriftchen: „Le Bi-métallisme en Angleterre. Réponse à uno lettre de M. Henri Hicks Gibbs, Ancien Gouverneur de la Banque d'Angleterre par Henri Cognuschi“ (Paris, Guillaumin u. Comp.).

„A History of our own Times, by Justin McCarthy“, dieses in England so großes Aufsehen erregende Werk, von dem nach wenigen Monaten gegenwärtig in London die 13. Auflage erscheint, ist für die Lauchnitz Edition unter der Presse.

lirt, wird b  
verändert an  
Bei §. 14  
den der Ehe  
die Trauung  
Geistlichen  
den letztern  
Dr. v. G  
Der Geistl  
Trauung ab  
pflichtet, in  
die Gemein  
Nr. 3, 4 un  
über die Ent  
theiligten w  
forum und  
rathes an b  
entschieden.  
Dr. v. S  
missionsvorl  
der Ehe die  
denn nicht  
fallen lassen.  
Professur  
„Ob die T  
versagen sei  
meinderath.  
scheiden soll  
das entspre  
katholischen  
genieß inner  
besten das  
zu entscheide  
dieser Kirche  
mit dem Sta  
ziehung auf  
sich die Han  
tere Hoffnar  
Generals  
Vorlage des  
dungen erfol  
Es sei doch  
liche den Per  
als alle and  
sei am ehest  
den des hies  
daher auch  
Trauung G  
seitens der  
pastoren“ at  
würden das  
genug sein,  
des Oberkir  
Sie, wenig  
Der Antrag  
nehmbar.  
Dr. v. C  
vermitteln  
sten der Com  
das Amend  
Dr. Klei  
Vorlage des  
Hierauf  
abgelehnt ur  
Al. 2, u  
mit 126 ge  
liche Zweid  
ganze Parag  
namen.  
§. 14 der  
der Amenbe  
22 Stimme  
drittel-Mehr  
Damit  
lebt und  
nachmittag  
Anträge, &

Kath.

Wir h  
welche die  
denken Dr.  
derselbe in  
der Evang  
Zeit nimm  
ein streng  
zur Abweh  
unter anbe  
Der vor  
in einer Be  
Angriff auf  
Dr. Brilker  
von seiten  
mehr steige  
mäßig Akt  
wie jene B  
weltlichen  
dieses Krei  
densthaft  
Generalsup  
Vorlesung  
dern, daß  
Verwechselu  
hat. In i  
„Germania  
Protestanten  
der 14. Sit  
Eine R  
seit Jahrhu  
An der Kir  
mit der In  
nung.“ D  
teten Zei

... wird dieselbe unter Ablehnung aller Amendements un-

Bei §. 14 beantragt Dr. Lauscher, von den beiden Grün-

Dr. v. Goshler beantragt folgende Fassung des §. 14:

Der Geistliche, welcher auf Grund der §§. 12 und 13 die

Dr. v. Kleist-Rebow plaidiert für Annahme der Com-

Professor Dr. Kleinert verteidigt folgenden Antrag:

Ob die Trauung einer rechtmäßig geschlossenen Ehe zu

Generalsuperintendent Probst Dr. Brückner vertritt die

Dr. v. Goshler zieht darauf seinen Antrag, welcher zu

Dr. Kleinert zieht sein Amendement zu Gunsten der

Hierauf wird das Amendement des Grafen Rothkirch

§. 14 der Commissionsbeschlüsse wird, nach Zurückziehung

Damit ist die erste Lesung der Trauordnung er-

Uhr, bei

Katholicismus und Protestantismus.

Wir haben seinerzeit die heftigen Angriffe erwähnt,

Der von ultramontaner Seite in der Germania und

Eine Krisis der Geister, so umfassend und so tief wie

millionsfach widerhallt, überhören? Davor wolle uns Gott

Der gegenwärtige Papp, Leo XIII., hat schon als Bis-

Die Germania, welche über die gelegentliche Erwäh-

Laut und öffentlich vollzieht das gegenwärtige Papp-

Deutsches Reich.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bringt fol-

Auf seiner Reise durch die Rheinprovinz hat der Hr.

Wir nennen dieses Démenti eigentümlich, und

Nach Mittheilungen des Pester Lloyd aus Berlin

Stellung Deutschlands zu Oesterreich und

Ehe Fürst Bismard den Weg nach Wien angetreten

Der Königlich Preussischen Zeitung wird aus Berlin ge-

Aus Berlin vom 26. Oct. schreibt man der

Preußen. X Berlin, 27. Oct. In dem am

Zur Präsidentenwahl im Abgeordneten-

Während so die National-Liberale Correspondenz die

allen Umständen ein Compromiß vermeiden sollen, welches dem Centrum ein Zugeständniß macht. Jahrelang haben der Reichstag und das Abgeordnetenhaus die Ueberzeugung befestigt, daß das Centrum auf einem Boden stehe, welcher es von dem Präsidium schlechthin ausschließt; verweigert es doch einem Theile unserer Staatsgesetze ausdrücklich die Anerkennung. Als vor wenigen Monaten von dieser Richtschnur abgewichen wurde, geschah es in einem sehr traurigen Augenblicke, und es hatte auch für die materielle Gesetzgebung sehr betrübende Consequenzen, indem alsbald in einer sehr wichtigen Frage den particularistischen Tendenzen des Centrums stattgegeben wurde. Was hat sich an der Stellung des Centrums und an der Aufgabe der national-liberalen Partei geändert, um den National-Liberalen jetzt zu gestatten, was sie früher immer ablehnten? Unsere Auffassung ist daher die, daß unsere Fraction auf jedes Compromiß eingehen darf, welches nur die conservativen Fractionen und die National-Liberalen in seinem Kreise zieht; kommt ein solches Compromiß nicht zu Stande, so mag sie den Ausgang der Wahl getroßt dem Schicksal des Wahlkampfes anheimstellen.

— Von einem früher neuconservativen Abgeordneten geht der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung ein Schreiben zu, in dem in Betreff der beabsichtigten Vereinigung der alt- und neuconservativen Schattirungen hervorgehoben wird, daß, wie mit Sicherheit angenommen werden könne, die sämtlichen alt- und neuconservativen Abgeordneten in allen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen hinsichtlich der Reform unserer Verwaltungsorgane und vornehmlich da, wo es gilt, die Prärogative der Krone gegen parlamentarische Eingriffe zu verteidigen, von Hause aus einig sein werden. „Differenzen sind nur denkbar bei der Behandlung der kirchenpolitischen Dinge, und da wird allerdings für die früher Neuconservativen die Möglichkeit des fernern Zusammengehens aufhören, wenn der Versuch gemacht werden sollte, gemeinschaftlich mit dem Centrum die Regierung zu Concessionen zu zwingen und dadurch deren Stellung bei ihren Verhandlungen mit der Curie zu schwächen. . . Unter den Herren, welche der altconservativen Partei angehören, sind viele politisch geschulte Köpfe, und man kann daher annehmen, daß die Herren so viel Verständnis für die Stimmung im Lande haben werden, um nicht zu Gunsten ihrer speciellen Neigungen einen großen politischen Fehler zu begehen und dadurch die Zukunft der conservativen Partei aufs Spiel zu setzen. Unter dieser Voraussetzung jedoch können wir einer ersprießlichen gemeinschaftlichen Thätigkeit in einer großen conservativen Fraction entgegensehen.“

— Ueber die Rede des Cultusministers v. Puttkamer in der Generalsynode äußert die Wochen-correspondenz der Deutschen Reichs- und Freiconservativen-Partei:

Diese Äußerungen bestätigen erfreulicherweise, daß Hr. v. Puttkamer an dem Princip der Schule als selbständige Staatsanstalt ebenso festhält wie an den Fallschen allgemeinen Bestimmungen von 1872. Dagegen scheint die Frage, welche Hr. v. Puttkamer nach den Zielen der Volksschule gestellt hat, nicht richtig formuliert. Die allgemeine humanitäre Bildung steht nicht im Gegensatz zur Religion; die Vereinigung beider soll die Volksschule antreiben, nicht einseitig das eine der beiden Ziele verfolgen. Auf diesem Boden stehen die gedachten Bestimmungen von 1872; man wird daher zunächst abwarten müssen, wie dieser aufsteigende Widerspruch in der Wirklichkeit sich löst. Ungleich wünschenswerther wäre es allerdings gewesen, wenn eine völlige Klarstellung der Grundlage erfolgt wäre, von welcher unsere Schulverwaltung auszugehen gedenkt. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß so wenig in gemäßigten Kreisen der einseitigen Förderung der allgemeinen Bildung auf Kosten der Religion das Wort geredet wird, ebenso wenig auch die ausschließliche Berücksichtigung der letzteren Billigung findet, und daß eine solche nur allzu rasch dazu führen würde, in der Stimmung des Volkes einen Umschlag im radicalen Sinne herbeizuführen. Man darf hiernach erwarten, daß schon mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage an den Grundlagen der bisherigen Schulpolitik weniger getüfelt werden wird, als es vielleicht den persönlichen Neigungen des Unterrichtsministers entspricht.

Auch die national-liberale „Tribüne“ ist mit dieser Rede so weit einverstanden. Sie sagt:

Die Bestimmtheit, mit welcher der Minister die Schule als eine ausschließliche Einrichtung des Staates den entgegenstehenden geistlichen Ansprüchen gegenüber reclamirte, der Nachdruck, mit dem er die gegen die Fallsche Schulverwaltung erhobenen tendenziösen Vorwürfe zurückwies, scheinen ein bemerkenswerthes Symptom für die inzwischen eingetretene Erkenntnis zu sein, daß Maß zu halten auch für einen kirchlich prononcierten Staatsmann nicht nur gut, sondern unter gewissen Umständen sogar unerlässlich ist.

Thüringische Staaten. 1 Weimar, 26. Oct. Für den preussischen Cultusminister v. Puttkamer hat gestern die officiöse Weimariische Zeitung eine Lanze eingelegt, ehe derselbe noch vor der Generalsynode über die Beziehungen zwischen Kirche und Schule sich ausgesprochen. Es wird nämlich im Anschluß an die Bemerkung, daß ein Ministerium mit Bennisen und Puttkamer unmöglich sei, von dem genannten Blatte folgende Erklärung abgegeben: „Nicht daß wir zu den principiellen Gegnern Puttkamer's gehören, im Gegenteil, wir sind überzeugt, daß derselbe im gegenwärtigen und ganzen die nicht leichte Aufgabe, die er in Kirche und Schule zu erfüllen hat und deren Erfüllung unbedingt notwendig ist, gut ausführen wird.“ Müßte eine solche Erklärung an sich schon um deswillen überraschen, weil nicht abzusehen, was man hier für ein Interesse daran haben kann, für Puttkamer einzutreten, so mußte

ste es noch mehr, nachdem tags vorher die Weimariische Zeitung das Vorgehen Puttkamer's in Elbing als zu schroff bezeichnet hat, sie also ganz plötzlich zu der Ueberzeugung gekommen, daß er seine Aufgabe gut ausführen werde.

Elfaß-Lothringen. Der Straßburger Zeitung zufolge lautet die Erwiderung des Statthalters v. Manteuffel auf die Ansprache des Präsidenten des unterelßassischen Lehrervereins wörtlich folgendermaßen:

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen und für die Ansprache so loyaler Gesinnungen, und ganz besonders freut mich auch Ihr Ausspruch, daß Lehrer, Ortsvorstand und Geistlichkeit Hand in Hand gehen müßten zum Gedeihen der Schule. Das zeigt, daß Sie auf richtigem Wege sind. Die ganze Geschichte lehrt, welchen Nachtheil Priesterherrschaft hat, und auch in Schulen hat sie, wo sie plündernd, deren gehabt. Rein naturgemäß hat die öffentliche Meinung hiergegen reagiert. Selten jedoch hält Reaction richtiges Maß, auch hierbei hat man vielfach — wenn ich mich des trivialen Ausdrucks bedienen darf — das Kind mit dem Bade ausgeschüttet; man hat nicht bloß die Geistlichkeit, sondern auch die Religion ganz aus Unterricht und Schule bannen wollen. Rom, Athen und Sparta zeigen das fehlerhafte solches Vorgehen. Von dem Augenblicke an, wo ihre Jugend im Zweifel an ihre Götter erzogen worden, sind diese Staaten gesunken und untergegangen. Tiefe Bedeutung hat das Schiller'sche Wort: „Und alles wandet, wo der Glaube fehlt.“ Mit Freuden habe ich es daher begrüßt, daß durch die jüngste Gesetzgebung die Leitung des Cultus und des Unterrichts in Eine Hand gelegt ist. Das wird der Volkserziehung frommen. Halten Sie Ihre hohe Aufgabe fest vor Augen, dann wird Gott Ihrem Wirken Segen geben.

— Der Magdeburgischen Zeitung schreibt man aus dem Reichslande vom 25. Oct.:

Die fortwährende Verstärkung der französischen Armee ist bereits bisher nicht ohne Einfluß auf die Truppenverhältnisse im Reichslande gewesen, indem die hier bilocirten Truppen die Stärke von anderthalb Armee-corpor hatten; noch im vorigen Jahre wurden mehrere Regimenter aus Altdeutschland hierher in Garnison gelegt. Um aber gegen alle Möglichkeiten gesichert zu sein, geht die deutsche Regierung, wie ich höre, damit um, die Streitkräfte in Elfaß-Lothringen noch weiter zu vermehren. Die neuilliche Generalstabstrategie des Generalfeldmarschalls Grafen v. Moltke nach dem Oberelßass und dem Dreisgau hatte hauptsächlich den Zweck, diese Angelegenheit einer nähern Prüfung zu unterziehen. Von Anlegung eines dritten Volkswertes zum Schutze des Oberelßasses ist man abgekommen; dagegen scheint beschlossene zu sein, die hieselbst garnisonirenden Truppen zu verstärken. Von Kolmar rheinwärts sind nur vier Bataillone Infanterie, und zwar in Mülhausen, vorhanden; es kann daher einem plötzlichen Angriffe von Belfort her keine genügende Truppenmacht entgegengestellt werden. Uebrigens deutet auch der Umstand, daß dem benachbarten Feldmarschall v. Manteuffel neben der Civilautorität auch das Obercommando über die sämtlichen Truppen in Elfaß-Lothringen übertragen werden soll, darauf hin, daß man die militärische Sicherheit der neuen Provinz unausgesetzt im Auge zu behalten allen Grund hat.

**Österreich-Ungarn.**

Aus Wien vom 25. Oct. wird der böhmischen Zeitung berichtet: „Von gutbeglaubigter Seite erhalte ich folgende Darstellung über das deutsch-österreichische Bündniß, welche im wesentlichen mit unsern bisherigen Angaben übereinstimmt. Die in Wien zusammengekommenen Staatsmänner, Bismarck einerseits, Andrassy und Haymerle andererseits, faßten den Inhalt ihrer Besprechungen, durch welche die Grundzüge der zu befolgenden Politik festgestellt wurden, in zwei, wie angenommen werden darf, gleichlautenden Schriftstücken zusammen, welche alsdann von jedem Minister seinem Monarchen zur Kenntnisaufnahme und Billigung unterbreitet wurden. Diese Schriftstücke sind von beiden Kaisern gebilligt und unterzeichnet, doch so, daß Kaiser Wilhelm das von Bismarck, Kaiser Franz Joseph das von Haymerle vorgelegte Schriftstück unterschrieben hat, daß somit die Namen beider Kaiser auf Einem Schriftstück nicht stehen. Die Thatsache der Unterzeichnung wurde dann von Berlin nach Wien und umgekehrt mitgeteilt, vielleicht auch Copien oder Duplicate ausgetauscht, doch wird letzterer Punkt nicht mit unbedingter Bestimmtheit versichert werden können. Jedenfalls kann somit das Vorhandensein eines von beiden Monarchen unterzeichneten förmlichen Abkommens nicht mehr geleugnet werden, und die bisher veröffentlichten officiösen Angaben sind nichts anderes als nicht sonderlich geschickte Wortklaubereien.“

Die Neue Freie Presse zollt dem hochsinnigen Entschlusse des Deutschen Kaisers, die Abmachungen zu Wien zu bekräftigen, ihre vollste Hulldigung, indem sie schreibt:

Wer gerecht ist, wird es dem greisen Manne auf dem deutschen Kaiserthron nicht verargen, daß ihm der Verzicht auf die freundschaftlichen Beziehungen zum peterburger Hofe so überaus schwer geworden ist. In dem Alter, in welchem Kaiser Wilhelm sich befindet, ist man nicht gern Verhältnisse, denen man durch ein ganzes langes Leben innig ergeben war. Im Gegentheil, es verdient doppelten Preis, daß der Rücksicht auf das Staatswohl ein so überwältigender Sieg über die persönliche Neigung eingeräumt wurde. Von einem kriegerischen Zusammenstoße mit Rußland ist ja trotz der Allianz mit Oesterreich-Ungarn nicht die Rede, solange man in Petersburg Frieden hält; aber nichtsdestoweniger ist es eine befriedigende That, welche durch den Fürsten Bismarck und seinen Monarchen vollbracht wurde, indem sie das verhängnisvolle und gefährliche Uebergewicht Rußlands zerstörten und Oesterreich-Ungarn die

Hand reichten, welches dem Frieden nachstrebt, um seine Kulturzwecke zu erfüllen und der Wohlthat der gesammten Welttheile seine Dienste zu leisten. Kaiser Wilhelm ist, wie man weiß, langsam und bedächtig, wenn es gilt, weittragende Entschlüsse zu fassen; aber hat er sie einmal gefaßt, so wankt und schwankt er nicht leicht. In seiner Seele ist ein fatalistischer Zug, der ihm jede Wendung als eine höhere Fügung erscheinen läßt. Kaiser Wilhelm wird ein treuer Bundesgenosse Oesterreich-Ungarns sein, wenngleich es ihm schwer geworden, unser Bundesgenosse zu werden. Dann wirft sie einen Blick rückwärts und sagt:

Hr. v. Bismarck war es, der Oesterreich aus Deutschland hinausdrängte und den „Nationalverein“ auf die Bahn brachte. Oesterreich hat sich mit diesem Schicksalschlusse ausgesöhnt und die Wunden verschmerzt, welche ihm der Bruderkrieg von 1866 schlug. Nun bietet ihm Deutschland, das Deutschland des Nationalvereins, die Hand zu freundschaftlichem Bunde, zu gemeinsamer Abwehr feindseliger Anschläge. Und es nimmt diesen Bund an ohne Rückhalt und Hintergedanken. Vereint, wenn auch anders als die Enthusiasten des Jahres 1848 es träumten, stehen nun wieder die deutschen Stämme, um Slawen und Romanen in Schranken zu halten. Es ist ein gewaltiger Zug geschichtlicher Bestimmung, welcher sich in dieser Wiedervereinigung kundgibt. Die alte Welt ist nach schweren und bitteren Irrungen wieder erwacht, und sie wird sich diesmal besser bewähren als zu jener Zeit, da der „großdeutsche“ Traum die Köpfe füllte, denn diesmal ist es ein naturgemäßes Band, welches sie gewoben hat, ein Band zwischen zwei gleich mächtigen Staatswesen, die keinen Neid, keine Eifersucht, keine Rivalität, sondern allein und ausschließlich das Bedürfnis empfinden, einander zu unterstützen in friedlicher und segensvoller Culturarbeit.

— Der bubapester Jockeyclub hat den durch seine finanziellen Manipulationen anrüchig gewordenen und infolge dessen vom Amte suspendirten Grafen Victor Zichy-Ferraris aus seiner Mitte ausgeschlossen. Antragsteller war Graf Elemér Batthyányi. Das Motiv besagt: die Ausschließung sei erfolgt, weil Zichy die von ihm seinerzeit geforderte Genehmigung verweigerte. Gleichzeitig mit Zichy und durch dasselbe Botum wurde ein anderes Mitglied wegen falschen Spieles ausgeschlossen. Nachdem Zichy die Nachricht erhalten hatte, ließ er den Grafen Batthyányi fordern. Dieser aber erklärte, Zichy sei nicht satisfactionsfähig, komme es Hr. Zichy gerade aufs Schiefen an, so wolle er (Batthyányi) mit ihm gern an einem oder an dem andern Orte zusammentreffen, aber ein Duell nehme er nie und nimmer an, wenn dasselbe von Zichy proponirt sei.

**Schweiz.**

Aus Bern vom 23. Oct. wird der augsburger Allgemeinen Zeitung berichtet: „Vergangene Woche ist im Gotthardtunnel sowohl auf der Seite von Ob- als von Nirolo zum letzten mal die Tunnelachse abgesteckt worden. Augenblicklich sind noch 766,90 Meter zu durchbohren, und man zweifelt nicht, daß bis Neujahr der Richtstollen vollständig durchgebrochen sein wird.“

— Der augsburger Allgemeinen Zeitung schreibt man aus Bern vom 23. Oct.:

Bis zur Stunde ist mir, mit Ausnahme ultramontaner Organe, noch nicht ein einziges schweizer Blatt zu Gesicht gekommen, das sich mit dem Urtheile des Bundesgerichtes betreffend die Abweisung des tessiner Recurses, welcher für die Stabio-Affaire eine eidgenössische Jury verlangt, vollständig zufrieden gestellt erklärt. Da seit derselben volle drei Jahre verfloßen sind, bringen die meisten ihren Lesern an der Hand des Berichtes des Hr. Meisen, des damals vom Bundesrathe an Ort und Stelle entsandten eidgenössischen Commissars, zunächst deren nähern Verlauf in Erinnerung, was auch hier am Platze sein dürfte. So berichtet die heutige Berner Post: Es war am 22. Oct. 1876, als die Liberalen in Stabio ein Schützenfest feierten. Dasselbe verlief ganz ruhig, und die Schützen zogen größtentheils wieder heim, nachdem sie ihre vorchriftsmäßigen zehn Schüsse abgegeben hatten. Im Orte selbst, wo schon längere Zeit zwischen den Ultramontanen und den Liberalen eine arge Erbitterung obgewaltet hatte, sollte der Tag jedoch nicht so ruhig zu Ende gehen. Der eidgenössische Commissar Bundesrath Bavier schildert den Beginn der Unruhen folgendermaßen: „Ein junger Mann, 17 Jahre alt, Namens Pedroni, seit kurzer Zeit von Genf, wo er die Schule besucht hatte, zurück, machte sich über den Aposteler Catanzani lustig; dieser letztere schob nun einen Schuß vor der Badeanstalt Ginella auf Pedroni ab. Die Kugel ging diesem durch den Hals, und der Tod trat sofort ein. Der Aposteler flüchtete sich hierauf in das Haus Ginella; dort saß er hinter herabgelassenen Fensterläusen mit einigen andern Posten. Als nun ein junger Mann Cataneo kam, um den Leichnam Pedroni's wegzunehmen, stelen von den Fenstern der Badeanstalt Schüsse, und drei Kugeln trafen Cataneo ebenfalls todt zur Erde nieder. Die in Stabio geschiedenen Schützen stellten sich dann 100 Meter von dem Hause auf und feuerten gegen dasselbe, was erwidert wurde.“ Aus dieser Darstellung erhellt, fährt die Berner Post dann fort, zur Genüge, wer den Streit begonnen hat. (Auser Cataneo wurden noch zwei Schützen verwundet, von denen der eine ein paar Monate später seinen Wunden erlag.) Dem immer heftiger werdenden Streite machte endlich Oberlieutenant Rola ein Ende. Der Friedensrichter drang darauf mit diesem in das Haus Ginella ein, wo hinter verbarricadirten Fenstern fünf Vetterli-Gewehre und eine Pistole, welche Waffen alle von vorhergegangenen Gebrauches zeugten, gefunden wurden. Außerdem fand sich an einem der Fenster mit einem abgeschossenen Gewehr ein gewisser Giorgetti ebenfalls todt vor, während alle übrigen Bewohner oder Gäste des Hauses (auf dem Tische standen Weinflaschen und sieben halb gefüllte und leere Gläser) entflohen waren. Kurz darauf versammelten sich in Sogno bei Lusserete und anderswo ultramontane Freischaren, von denen die in Lago unter Nationalrath Spinelli am andern Tage durch die Truppen gestreut wurden. Die Freischaren zogen sich jedoch dann

bei Lusserete  
nieler Crei  
eine Extr  
lofer auf P  
Kommissar  
die Anstalt  
von Ober  
ausgeföhrt.  
Gerichte sch  
andere Vog  
schenfender.  
sanatisthen  
montanen  
wegen Ueb  
freigezogen  
noch 12 an  
nun, frag  
nachrichtig  
zu erkennen  
13 brave U  
richte zum  
sehens, Re  
diesem Kre  
teresse von  
sorgen, da  
ein neutral  
  
\* Paris  
spiel, aber  
joßen sich  
im Kreise  
sehen. S  
Gledern,  
rühren, sich  
nennt die  
die turbule  
zum Vorw  
Humbert f  
Charakter  
von Rochef  
tyrer der  
von Blanq  
rath, die C  
dere Betra  
lichkeit. W  
Infolge de  
alle Männ  
erhaltung  
geben sind  
Ideen der  
Emil Girar  
nicht zu ve  
Langen un  
Eitelkeit un  
einer Repu  
solchen gesa  
die unbesch  
sich selbst  
1815, ven  
gangen; ein  
„Frankreich  
und es auf  
Journal de  
wenn die P  
publikaner“  
Waddington  
Die noch n  
Söhne der  
vor der Co  
wenigstens  
meine Rech  
Débats klag  
Ränderband  
der Wildniss  
ganz andere  
allgemeine  
Princip der  
rischen Kund  
es sehr abse  
so fest steb  
soll über de  
interessiren.  
wählten und  
zu vollbring  
Dr. Her  
Politik W  
gefahrvollen  
er, „Freund  
weisen solch  
schönen Mo  
weniger lan  
wachen ohne  
raube Wirk  
Darauf  
In der I  
darunter den  
leit, auf un  
ventionen ver  
sehen noch  
Europa eine  
ihnen vollstä  
Drohung ein  
wir begreifen  
Die Geschicht

bt, um, seine  
des gesamten  
rhalten ist, wie  
s gilt, weit-  
se einmal ge-  
in seiner Seele  
bung als eine  
dem wird ein  
n, wenn gleich  
se zu werden,  
und sagt:  
aus Deutsch-  
auf die Bahn  
hatschafts-  
e ihm der  
Deutschland,  
d zu freund-  
r feindseliger  
ohne Rücksicht  
anders als die  
sehen nun  
nd Romanen  
iger Zug ge-  
r Wiederwer-  
schweren und  
sich diesmal  
profunde  
ein naturge-  
land zwischen  
Reich, keine  
ausdrücklich  
gen in fried-  
den durch  
gewordenen  
ten Grafen  
litten ausge-  
Batthyanyi.  
erfolgt, weil  
enuthung  
rch dasselbe  
en falschen  
e Nachricht  
ipi fordern.  
ctionsfähig,  
gen an, so  
einem ober-  
ein Duell  
asselbe von  
augsbürger  
Woche ist  
Seite von  
die Lun-  
sind noch  
eifelt nicht,  
s durchge-  
sreibt man  
ramontaner  
zu Gesicht  
desgerichtes  
welcher für  
verlangt,  
selben volle  
hren Felsen  
des damals  
n eidgenös-  
auf in Er-  
So berichtet  
1876, als  
Dasselbe  
stentbeil  
ohn Schiffe  
ngere Zeit  
eine arge  
och nicht so  
iffar Bun-  
folgender-  
s Pedroni,  
ucht hatte,  
zzi lustig;  
Badeanstalt  
durch den  
er stürzte  
er hinter  
ern Posto.  
Leichnam  
der Bader-  
ebenfalls  
a Schützen  
s Feuerist  
eier Dar-  
zur Ge-  
Catanio  
der eine  
immer  
utenant  
rauf mit  
rilabieren  
, welche  
igten, ge-  
er Fenster  
etti eben-  
der Gasse  
ind stehen  
n. Kurz  
andermoo  
no unter  
uppen  
och dann

bei Tesserete in einem förmlichen Lager zusammen. Infolge dieser Ereignisse hielt der Bundesrath am 24. Oct. 1876 eine Extra-Sitzung, stellte das thurgauische Regiment Polliester auf Pilet und ordnete Hr. Bavier als eidgenössischen Commissar an Ort und Stelle ab. Nachdem Hr. Bavier die Auflösung der Banden angeordnet, wurde dieser Befehl die Oberstleutnant Rosa ohne weiteres Blutvergießen ausgeführt. Dies der wahre Sachverhalt. Aber die tessiner Gerichte scheinen denselben ganz anders anzusehen und ganz andere Begriffe von Gerechtigkeit zu haben als andere Menschenkinder. Zum Untersuchungsrichter ernannte man einen samaritanischen Ultramontanen Namens Bossa, und die Ultramontanen Streithähne wurden bis auf Catenazzi, den man wegen Ueberschreitung der Nothwehr den Affsen überwies, freigesprochen; dagegen wurden Oberstleutnant Rosa und noch 12 andere liberale Bürger als Mörder angeklagt. Wer nun, fragt die Berner Post, vermag nach dieser durchaus wahrheitsgetreuen Darstellung nicht in genügendem Maße zu erkennen, daß durch den Spruch des Bundesgerichtes 13 brave Bürger der Parteiduth der ultramontanen Gerichte zum Opfer fallen und jauchzend, vielleicht auch zeitweilig, Kerkerluft einathmen müssen; und wer gewinnt aus diesem Erkenntniß nicht die Ueberzeugung, daß es im Interesse von Recht und Billigkeit gewesen wäre, das für zu sorgen, daß die angeklagten Liberalen doch wenigstens vor ein neutrales Gericht gestellt worden wären?

### Frankreich.

\* Paris, 26. Oct. Es ist kein erfreuliches Schauspiel, aber Europa muß sich darein fügen, die Franzosen sich eine Zeit lang wieder wie tanzenende Derwische im Kreise drehen und furchtbare Gesichter schneiden zu sehen. Schon jucken die tanzenenden Gruppen an allen Gliedern, und die andern, welche die Beine noch nicht rühren, schneiden unwillkürlich Gesichter. Der Temps nennt dies „eine Bewegung des Widerstandes gegen die turbulente Politik, welche die allgemeine Amnestie zum Vorwande nehme, deren Vertreter Blanqui und Humbert seien“; die Amnestiefrage aber habe jetzt ihren Charakter geändert: „Die Wahl von Javel, der Brief von Rochefort, die Apotheose oder Helden und Märtyrer der Commune“ verlangend, die Triumphzüge von Blanqui, die Rede von de Peredia im Gemeinderath, die Candidatur von Gavel in Lyon stellen andere Betrachtungen an die Stelle solcher der Menschlichkeit. Man sprach von Rehabilitation und Revanche! Infolge der so gestellten Frage ist es begreiflich, daß alle Männer, die dem Fortschritt und der Aufrechterhaltung der bestehenden Einrichtungen aufrichtig ergeben sind, es für nothwendig halten, gegen diese Ideen der Rechtfertigung der Commune zu protestiren.“ Emil Girardin ist unter den tanzenenden Derwischen nicht zu vergessen: in der „France“ entwiderte er des Langen und Breiten mit wenig Wit, aber unflaglicher Eitelkeit und Alitflugheit, daß die Menschheit sich in einer Republik keinen Zwang auferlegen und keinen solchen gefallen lassen müsse; eine Regierung, die gegen die unbeschränkte Press- und Redefreiheit aufträte, richte sich selbst zu Grunde: so sei es denen von 1804, von 1815, von 1848, von 1870 bis December 1877 ergangen; eine der Aufgaben der jetzigen Regierung sei, „Frankreich an die Sitten der Freiheit zu gewöhnen und es auf die Gefahren derselben vorzubereiten.“ Das Journal des Débats ist dagegen der Ansicht, daß, wenn die Freiheit so fortblüht, die „besten der Republikaner“, die Humbert zc., die schlechten, die Grévy, Waddington zc., bald nach Numera schiden werden. Die noch nicht amnestirten Deportirten, „die besten Söhne der Republik“, sind sammt und sonders schon vor der Commune, die Mehrzahl sogar durchschnittlich wenigstens dreimal wegen Vergehen gegen das gemeine Recht verurtheilt worden. Das Journal des Débats klagt: „Wir wissen wohl, daß Rom von einer Räuberbande gegründet wurde; aber das geschah in der Wildniß; der Ursprung unserer Republik ist ein ganz anderer. Und ebendeshalb verwerfen wir die allgemeine Amnestie und das angebliche republikanische Princip der Angestraftheit der Presse und der aufrührerischen Rundgebungen.“ Die Republik française findet es sehr albern, daß die Regierung einer Republik, die so fest stehe, sich in die kleinen Händel einlasse. „Sie soll über den Fragen schweben, die nur die Parteien interessieren.“ Schön gesagt, doch in einem so durchwühlten und vom Parteigeiste zerrissenen Lande schwer zu vollbringen.

Hr. Hervé klagt im Soleil über die auswärtige Politik Waddington's, welche Frankreich zu einer gefährlichen Isolirung verurtheile. „Wir suchen“, sagt er, „Freundschaften, die sich von uns abwenden, und weisen solche zurück, die sich uns anbieten. Eines schönen Morgens werden wir aus einem mehr oder weniger langen und traumreichen Schlafe plötzlich erwachen ohne Allianz und ohne Bestand, vor uns die rauhe Wirklichkeit, nämlich die Coalition.“

Darauf entgegnet nun der ministerielle National: In der Isolirung liegt unser Heil, wenn anders wir darunter den vollkommenen Verzicht auf alle Nationalität, auf unberufene und von Hause aus verurtheilte Interventionen verstehen. Die Isolirung verhindert weder zu sehen noch zu hören; noch nie haben unsere Vertreter in Europa eine zartere Aufgabe gehabt; wir verlangen von ihnen vollständige und zuverlässige Informationen. Die Drohung einer Coalition kann uns nicht schrecken; denn wir begreifen nicht, wie sie auf uns gemünzt sein könnte. Die Geschichte kennt kein Beispiel von Völkern, die sich

gegen ein anderes verbündet-hätten, weil dasselbe sich grundsätzlich von jeder Einmischung in ihre Angelegenheiten fern hielt. Wären unsere Grenzen offen, wären wir wehrlos, so könnte man allenfalls durch die Aussicht auf eine reiche Beute und eine leichte Eroberung angelockt sein. Glücklicherweise haben wir aber die kritische Zeit hinter uns, da der Nachbar sich nur in unser Land hereinzubewähren brauchte. Unsere Isolirung ist unangreifbar; aber wir beschränken uns auf die Bertheidigung und weisen jede Offensive als eine Tollkühnheit von uns. Frankreich sammelt sich, wie sollte sich Rußland darüber wundern, wenn es wahr ist, daß diese Macht uns, wie der Soleil versichert, ihre Freundschaft anbietet?

Gambetta, der seit seiner Rückkehr mehrfache Unterredungen mit einzelnen Ministern, namentlich mit Ferry und Lepère, gehabt, sowie zahlreiche Besuche von Deputirten empfangen hat, hat sich scheinbar Bernehmen nach dabei in einer Weise über die innere Situation ausgesprochen, welche keinen Zweifel zuläßt, daß er das Cabinet Waddington zu unterstützen gewillt sei, ohne jedoch zu billigen, daß letzteres einer so accentuirt conservativen Tendenz Raum gebe. Demnach kanzelt auch heute die République française den Polizeipräsidenten Andrieux wegen seiner unnötigen Maßregeln gegen die radicale „Marcellaise“ scharf ab.

In der vorgestern gehaltenen fünften Sitzung des socialistischen Arbeitercongresses in Marseille legte Hr. Gouttes, Delegirter von Toulon, ein Programm der Verbindung der Arbeit mit dem Kapital dar. Nur zwei Formen seien möglich: Die cooperative Verbindung der Production mit dem Werkzeug und dem Kapital oder die Verbindung der Cooperation und der Production ohne das Werkzeug und ohne das Kapital. Zur Verwirklichung der zweiten Form ist die Arbeiterklasse zu arm, zu unwissend, obgleich dies nicht ihre Schuld ist. Es bleibt die erste Form; sie ist unmittelbar praktisch. Auf diesen Grundlagen ist sicherlich ein Einverständnis mit den Arbeitgebern möglich. Der Redner wurde hier unterbrochen: „Ja mit unsern Schindern! Ja, anstatt Heu werden wir Stroh fressen!“ Der Redner erklärt, er werde nach Beendigung seiner Rede den Unterbrechern antworten. Nachdem dann der Redner die zahlreichen Schwierigkeiten darlegte, die jetzt den Arbeiter umringen, kommt er zu folgenden Schlussfolgerungen: In Erwägung, daß bei den jetzigen Beziehungen des Kapitals mit der Arbeit die Lage gefährlich ist, daß das Interesse des Arbeiters nicht das Interesse des Kapitalisten und des Eigenthümers ist, daß die Ursache dieses Zustandes der Dinge im Lohne zu suchen ist, daß die Aufhebung des Lohnes nur durch die praktische Einführung von Arbeitergenossenschaften der Production erreicht werden könne, daß die Geschäftskrisis und die sociale Krisis nur gelöst werden können, wenn das Kapital und die Arbeit ein gleiches Interesse haben, viel, gut und billig zu erzeugen, daß die Arbeiter, die Industriellen und die Kapitalisten, welche einzeln die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital prüfen, sich gegenseitig zu einer fortwährenden Nachlosigkeit verurtheilen, daß, wenn es auch nicht dem Staate obliegt, die öffentliche Wohlfahrt zu decretiren, es doch seine Pflicht ist, alles zu begünstigen, was die Thätigkeit derselben fördern kann, spricht der socialistische Arbeitercongress von Marseille den Wunsch aus:

- 1) Die Regierung möge einen Ausschuss einsehen, der aus einer gleichen Anzahl Industrieller und Arbeiter besteht, um die Arbeitergenossenschaften und ihre Erzeugnisse vom socialen Standpunkte und vom gegenwärtigen Standpunkte der Geschäfte aus zu prüfen.
- 2) Wo ein Gesetz betreffs der Genossenschaften und der Production ein Gesetzgesetz ist, möge es außerhalb des jetzt ausgearbeiteten Gesetzes betreffs der Vereins- und der Versammlungsfreiheit geprüft werden.
- 3) Die Regierung möge trakt des im obengenannten Ausschusse hergestellten Einverständnisses den Industriellen, die mit den Genossenschaften unterhandeln, Steuerherabminderungen bewilligen, oder diesen die Ausführung der Arbeiten der Arsenale und Staatsfabriken anvertrauen.

Der Redner wurde mit Beifall begrüßt. Er stellte sich den Unterbrechern zur Verfügung, doch keiner rührte sich. Nach einer kurzen Unterbrechung wurde die Berathung betreffs der Cooperation wieder aufgenommen, aber kein Beschluß gefaßt.

Der Kölnischen Zeitung schreibt man aus Paris vom 22. Oct.: „Die im Ministerium des Innern eingelaufenen Berichte der Präfecten über den Eindruck des strammen Vorgehens des Präsidenten der Republik gegen die Anarchisten, die rothen und die weißen, lauten einstimmig dahin, daß man wieder aufatme und Vertrauen zur Regierung schöpfe. Lepère legte die betreffenden Berichte laut La Paix im letzten Ministerrathe vor, und es steht zu hoffen, daß er den Präsidenten besser unterstützen werde als bisher. Lepère hat an Ansehen so verloren, daß er schwerlich das neue Jahr im Amte erleben wird. Auch die Ersetzung Gambetta's bei der nächsten Präsidentenwahl in der Deputirtenkammer ist sehr wahrscheinlich, obgleich der jüngste Schritt Freycinet's insofern zu seinen Gunsten angelegt wird, als Gambetta denselben veranlaßt haben soll. Freycinet nämlich, der bisher mit der République française für die allgemeine Amnestie war, lenkte im letzten Ministerrathe plötzlich ein und sprach eifrig für energisches Vorgehen gegen die Gefährlichkeiten der Anarchisten. Und es ist hohe Zeit!“

### Großbritannien.

+ London, 26. Oct. In seiner Manchesterrede entwickelte Lord Hartington das Programm der liberalen Partei in Bezug auf auswärtige Politik: England habe für sein Mutterland nicht, wie die continentalen Staaten, Einfälle der Nachbarn zu befürchten. Seine großen Colonien und das indische Reich seien allerdings leicht Angriffen ausgesetzt, aber nicht solchen, die die Existenz Englands in Frage stellten. Das britische Reich eigne sich daher nach seiner Lage und nach der Art seiner Hülfquellen weniger als irgendeine andere Macht für eine Politik militärischer Demonstrationen, und kein Minister sollte einen Krieg androhen oder anfangen, wenn nicht ein so handgreiflich gerechtes Motiv vorliege, daß das ganze Volk oherwillig für den Krieg eintrete. Englands Seemacht sei so groß, daß ihre Allianz stets in Europa begehrt sein werde; diese Allianz müsse bewilligt und benutzt werden, um die Staaten Europas zu dem Zwecke zu verbünden, den Frieden und die Unabhängigkeit Europas zu wahren, die aggressiven Bestrebungen irgendeiner Macht zu bekämpfen, den Schwachen gegen den Starken, den Freien gegen den Unterdrückten zu verteidigen. Dies sei die Politik, welche die liberale Partei befolgen werde, das Gegentheil der jetzt befolgten.

Die vom Meeting einstimmig angenommene Resolution erklärt es für die Pflicht der Mitglieder der liberalen Partei, „unter Festhaltung ihrer individuellen Ueberzeugung hinsichtlich der relativen Wichtigkeit einzelner Reformen, entschlossen und mit vereinten Kräften das Land von den übereilten Beschläffen, thörichten Unternehmungen und finanziellen Extravaganzen der gegenwärtigen Regierung zu befreien und die Wiedereinführung einer liberalen Staatsverwaltung zu sichern.“

Hr. Gladstone läßt in den Daily News erklären, daß der von dem Reporter eines pariser Blattes (des Gaulois) veröffentlichte Bericht über eine mit ihm gehabte Unterredung in mehreren wesentlichen Punkten ungenau sei.

Wie die Central News melden, sind der Königin von England seitens zahlreicher indischer Fürsten Beglückwünschungsdepeschen anlässlich des Sieges über die aufständischen Afghanen zugegangen.

### Belgien.

An verschiedenen Orten ist es, namentlich am 19. Oct. in zwei Dörfern der Ardennen, vorgekommen, daß der Geistliche auf der Kanzel während der Predigt von dem Lehrer der Gemeinde unterbrochen und zur Wahrheit gerufen worden ist. In dem einen Falle hat der persönlich beschimpfte Lehrer gesagt: „Das ist falsch; Sie reden nicht die Wahrheit! Sie haben nicht das Recht, mich persönlich anzugreifen; ich habe das Recht, Ihnen zu antworten, wenn Sie mich öffentlich von der Kanzel der Wahrheit herab beschimpfen.“ Die Etoile belge, die darüber berichtet, erinnert dabei an den vor einigen Jahren vom Appellhose zu Gent in gleicher Sache abgegebenen Spruch. In Saint-Genois bei Courtray hatte der Pfarrer Dejeure von der Kanzel herab verkündet, die Feuerbrünste, durch welche der Ort heimge sucht worden sei, hätten die Liberalen der Gemeinde angelegt. Einer dieser Liberalen, der aus gewissen Ausdrücken der Predigt entnahm, daß er persönlich gemeint sei, hatte in seinem Unwillen die geistliche Rede unterbrochen, die Anklage für eine Lüge erklärt und die Kirche verlassen. Darauf erhob der Pfarrer gerichtliche Klage wegen Störung des öffentlichen Gottesdienstes, der Generalprocurator Wiltth zu Gent aber wies nach Feststellung des Vorfalls die Klage mit dem Bescheide ab: „Will der Diener des Cultus in seiner Kirche nicht unterbrochen werden, will er bejugt sein, achtungsvolles Schweigen zu fordern, so muß er sich auch ausschließlich der Ausübung des Cultus weihen. Vergißt er die Achtung, die der Kirche gebührt, thut er Aeußerungen über unheilige Dinge, so setzt er sich, zumal wenn diese Dinge aufreizend sind, dem Widerspruche aus; er hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn die Kirche ein Ort des Wortwechsels wird. Der besondere Schutz, den Art. 143 des Strafgesetzbuches dem Pfarrer in seiner Kirche gewährt, ist der Bedingung unterworfen, daß der Geistliche sich auf die Ausübung des Cultus beschränke; misachtet er diese Bedingung, so muß er den Widerspruch hinnehmen; er verliert das Recht, sich über Unterbrechungen zu beklagen; er ist wie jeder andere Staatsbürger dann nur geschützt gegen Beleidigungen und Gewaltthätigkeiten.“ Heute antwortet nun der Courier de Bruxelles den „socialistischen Liberalen der freimaurerischen Etoile belge“: „Die gläubigen Katholiken haben das Recht, aus ihren Kirchen sofort die Leute auszutreiben, die nur hineinkommen, um die Ausübung des Cultus und besonders die Predigt zu stören. Die Geistlichkeit hat die Polizei in ihren Tempeln, und sie wird davon berechtigten Gebrauch machen.“

### Rußland.

Die russische Presse hat sich bei Besprechung des deutsch-österreichischen Bündnisses eine gewisse Zurückhaltung, wenigstens im Vergleich zu früher, auf-



Leipziger Börse. 28. Oct.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, London, Paris, and Vienna.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and securities with columns for title, denomination, and price.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for various banks and locations.

Sorten.

Table listing different types of bonds and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing railway company shares and their prices.

Table listing various railway and industrial shares.

Eisenbahn-St.-Pr.-Actien.

Table listing railway preference shares.

Bank-u. Credit-Actien.

Table listing bank and credit shares.

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table listing industrial shares and preferences.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds and funds.

Table listing foreign railway and industrial shares.

Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing domestic railway preference bonds.

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing foreign railway preference bonds.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table listing coal company shares and preferences.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Mittwoch, 29. Oct. Die Walfäre. Erster Tag aus der Trilogie „Der Ring des Nibelungen“ in 3 Aufzügen von Richard Wagner. (291. Abonnements-Vorstellung.)

Altes Theater. Mittwoch, 29. Oct. Die Frau ohne Geist. Lustspiel in 4 Acten von Hugo Würger.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Deutsche Dichter des sechzehnten Jahrhunderts.

Mit Einleitungen und Worterklärungen. Herausgegeben von Karl Goedeke und Julius Tittmann. Zwölfter Band. Schwänke des sechzehnten Jahrhunderts.

- 1. Lieberbuch aus dem sechzehnten Jahrhundert. 2. Schauspiele aus dem sechzehnten Jahrhundert. 1. Theil. (Miklaus Manuel, Paul Reubun, Hanshart Kullmann, Jakob Funkelein, Sebastian Wild, Petrus Medel.)

EISENTROPFEN (FER BRAVAIS) Bestes Blut bildendes Mittel. Paris 75, Lafayette 13. Auf kriechliche Bestellung Postversand durch die Victoria-Apotheke, Friedrichstr. 19, und die Strauss-Apotheke, Straßauerstr. 47 in Berlin.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Das Staats-Recht der Preussischen Monarchie. Von Ludwig von Rönn.

Dritte vermehrte und verbesserte Auflage. Zwei Bände in vier Abtheilungen. 8. Geh. 36 M. Geb. 40 M.

Viertes Abonnement-Concert im Saale des Gewandhauses zu Leipzig.

Donnerstag, 30. October 1879. Erster Theil. Ouverture zu Schiller's „Demetrius“ von Joseph Rheinberger. (Zum ersten male.) — Scene und Arie aus „Oberon“ von Weber, gesungen von Frau Sachse-Hofmeister.

Zweiter Theil. Symphonie (No. 1, B-dur) von Robert Schumann. Billets à 3 M., Sperrsitze à 4 M. sind im Bureau der Concert-Direction und am Haupteingange des Saales zu haben.

Das 5. Abonnement-Concert ist Donnerstag den 6. November 1879. Eintrittskarten zur Hauptprobe, welche Mittwoch den 29. October, Vormittag 9 Uhr, stattfindet, sind à 2 M. am Eingange des Saales zu haben.

Die Concert-Direction. Leipziger Tageskalender vom 29. October. Eisenbahnfahrten.

Leipziger Tageskalender vom 29. October. Eisenbahnfahrten. Verantwortlicher Redacteur: Prof. Dr. Carl Wiedermann in Leipzig.

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Geschichte der deutschen Poesie nach ihren antiken Elementen.

Von Carl Leo Cholevius. Zwei Theile. 8. Geh. 16 M. Geb. 19 M. Das Werk gilt mit Recht für eine höchst wichtige, mit dem größten Fleiß und feinsten Geschmack ausgeführte literarische Arbeit von bleibendem Werth, die auch das größte Publikum zu fesseln vermag.

Städt. Handels-Schule mit Pensionat in Marktbreit a. Main. Die Abgangszeugnisse berechtigen zum einjährig-freiwilligen Militärdienste im deutschen Heere.

Prospecte und Lehrpläne versendet der Vorstand J. Damm. [1895-98]

Die Annoncen-Expedition von J. Berek & Co. in Halle a. d. Saale empfiehlt sich zur Annahme von Inseraten in alle Zeitungen.

In der Serie gezogene preussische 100 Thlr. Präm.-Loose. Hauptgewinn 225000 M. So lange der Vorrath reicht bei Grünwald Salzberger & Co., Köln. Prospecte gratis und franco. [1895-98]

Reisender gesucht!

Ein Geschäft, technischer Bedarfsartikel für Fabriken, in Oesterreich, sucht einen Reisenden, der besonders den Bedarf der Spinnereien und Webereien genau kennen muß und solche Etablissements bereits länger besucht hat.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Dr. Ferdinand Zahn in Leipzig mit Fräulein Amalie Dreyer. — Dr. Past. designt. Julius Knechtel in Waldorf mit Fräulein Anna Viebermann in Jüttau. — Dr. Kaufmann Bruno Kestmann in Leipzig mit Fräulein Marie Schulze.

ASTHMA und CATARRHE Cigarettes Espic

Depot in allen Apotheken. [3001-98]

Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig. Das Staats-Recht der Preussischen Monarchie. Von Ludwig von Rönn. Dritte vermehrte und verbesserte Auflage. Zwei Bände in vier Abtheilungen. 8. Geh. 36 M. Geb. 40 M.

Mr. General... heute ihr Augler zum Präsidenten... \* Sudap... Der... Aus...